

ENTWURF

PROTOKOLL DER BOARD-SITZUNG DER FOOD STANDARDS AGENCY 12. SEPTEMBER 2002, NORTH WALES CONFERENCE CENTRE, LLANDUDNO

OFFENE SITZUNG, 09:30 - 13:05h

Anwesend: Sir John Krebs, Vorsitzender
Suzi Leather, stellvertretende Vorsitzende
Sir John Arbuthnott
Richard Ayre
Michael Gibson
Ann Hemingway
Jeya Henry
Valerie Howarth
Iain MacDonald
Robert Rees
Michael Walker
Sandra Walbran

Teilnehmende Amtsträger: Geoffrey Podger – Chief Executive

Debby Reynolds – Direktor, Tiermedizin (Punkte 4 & 5)

Judith Hilton - Abteilungsleiterin, Bereich für Mikrobiologie und durch Lebensmittel übertragene Krankheiten, Referat für mikrobiologische Sicherheit (nur Punkt 5)

Nick Tomlinson – Leiter des Referats für neuartige Lebensmittel (nur Punkt 6)

Mark Bush – Board-Sekretär

Sue Johns – Board-Sekretariat

Abwesend: Karol Bailey und Vernon Sankey.

Einführung des Vorsitzenden

1. Der Vorsitzende erinnerte die Board-Mitglieder an ihre Verpflichtung, vor der Besprechung relevanter Punkte persönliche Interessen offenzulegen. Das gelte für Besprechungen sowohl in der offenen Sitzung als auch in der geschlossenen Sitzung (über interne Management-Belange).
2. Zwei weitere Punkte kamen unter VERSCHIEDENES zur Sprache:

ENTWURF

- Ratschläge zur Lebensmitteletikettierung (Michael Walker)
- Bericht, National Consumers Council (Michael Walker)

Punkt 1 Protokoll der Sitzung vom 11. Juli

(Referat FSA 02/09/01)

3. Das Protokoll der am 11. Juli im Congress Centre, London, abgehaltenen Sitzung wurde besprochen. Das Protokoll wurde vorbehaltlich folgender Ergänzungen als wahrheitsgemäße Aufzeichnung der Sitzung bestätigt:
 - Absatz 56 – im ersten Satz ist der Begriff 'formally' (formell/offiziell) zu streichen.
4. Die Board-Mitglieder nahmen zur Kenntnis, dass das unter Absatz 56 besprochene Schreiben über Rohmilch von der FSA Wales in Zusammenarbeit mit dem Beratungsausschuss für Wales ausgearbeitet und der Welsh National Assembly unterbreitet worden sei. Den an dieser Arbeit beteiligten Personen wurde gedankt.
5. Hinsichtlich der Tabelle mit einer Liste der Nachfolge-Maßnahmen notierten die Board-Mitglieder Folgendes:
 - Eine kurze Zusammenfassung des Aufgabenbereichs der Agency in Bezug auf Entwicklungsländer und internationale Organisationen war bereits Anfang dieses Monats auf der FSA Website veröffentlicht worden.
 - Die Board-Mitglieder fragten, ob der Verbraucherausschuss aufgefordert worden sei, der Arbeit in seinem Portfolio hinsichtlich Verbrauchern mit niedrigem Einkommen Vorrang zu geben. Sie erhielten die Auskunft, dass das Thema anlässlich der Sitzung des Verbraucherausschusses am 1. Oktober 2002 besprochen werden sollte. Die Board-Mitglieder erkannten an, dass sie sich die Übergabe neuer Arbeit an den Ausschuss gründlich überlegen sollten, um
 - Der VLA-Bericht über Entwicklungsarbeit an BSE-Versuchen lag im Entwurf vor und sollte später im Laufe dieses Monats verteilt werden.

Punkt 2 Bericht des Vorsitzenden

ENTWURF

Welsh language Scheme (Projekt Walisische Sprache)

6. Die offizielle Einführung des Welsh Language Scheme (WLS) der FSA solle am Dienstag, dem 1. Oktober 2002, erfolgen. Die Board-Mitglieder begrüßten diese Nachricht.

ENTWURF

Revision der OTM-Regel

[Vor der Besprechung dieses Punkts legte Michael Gibson sein persönliches Interesse als Erzeuger und Händler von Fleischwaren offen. Michael Gibson nahm an der Diskussion und Bearbeitung dieses Themas teil.]

Risikoeinstufungsgruppe

7. Es wurden Fortschritte in den ersten Phasen der Revision der Über-Dreißig-Monate-Regel (OTM) berichtet, die verhindert, dass ältere Rinder in die Nahrungskette gelangen. Es war dem Board bekannt, dass die Revision von zwei Gruppen ausgeführt werde: einer gemeinsamen Risikoeinstufungsgruppe für den Beratungsausschuss zur Spongiformen Rinderenzephalopathie (SEAC)/FSA unter dem Vorsitz von Peter Smith, Vorsitzender der SEAC, und einer Stakeholder-Gruppe unter der Leitung des Vorsitzenden der Agency. Das Hauptelement der von der Risikoeinstufungsgruppe durchzuführenden Arbeit bestand in der mathematischer Darstellung der BSE-Epidemie in Großbritannien (durch das Imperial College). Diese sei auf Kurs und solle vom SEAC anlässlich seiner Sitzung im November besprochen werden. Eine separate Darstellung sei für Nordirland erforderlich, die nicht innerhalb dieses Zeitraums abgeschlossen werden könne, jedoch zu einem späteren Zeitpunkt in eine umfassende Analyse in Bezug auf Großbritannien/Nordirland einbezogen werde. Die Risikoeinstufungsgruppe wolle außerdem Daten aus anderen europäischen Ländern analysieren, um festzustellen, ob Änderungen an der Regel evtl. Anlass zu Nahrungssicherheitsbesorgnissen in Bezug auf Importe geben könnten. Anfang November des laufenden Jahres sei mit der Erstellung einer Reihe von Berichten zu rechnen.

Stakeholder-Gruppe

8. Die Stakeholder-Gruppe, zu der Verbraucher, Vertreter der Industrie, Durchsetzungs- und wissenschaftliche Experten gehören, habe mittlerweile ebenfalls ihre Arbeit aufgenommen. Vorbehaltlich Stellungnahmen seitens der Risikoeinstufungsgruppe habe die Stakeholder-Gruppe zunächst die OTM-Regel in Bezug auf EU-Recht untersucht. Insbesondere befasse sich die Gruppe mit Änderungsoptionen, den praktischen Aspekten der Durchsetzung einer Nachfolgeregel zur OTM-Regel und den Kosten, Vorteilen sowie der Angemessenheit der Änderungen. Die von der Stakeholder-Gruppe identifizierten wichtigsten Punkte bestünden darin, dass voll harmonisierte EU-Regeln einen anderen Ansatz zum Schutz des Verbrauchers darstellen, d.h. Testen am Schlachthof, bevor die Rinder zum Eintritt in die Nahrungskette freigegeben werden statt Ausschluss älterer Tiere. Eine jegliche Abweichung

ENTWURF

von allgemeinen EU-Kontrollen müsse eindeutig gerechtfertigt sein. Es sei jedoch von kritischer Bedeutung für die Revision, ob man sich auf die Versuche hinsichtlich Identifizierung vorklinisch infizierter Tiere wirklich verlassen könne. Die Notwendigkeit, Versuche in Schlachthöfen einzuführen, würde auch signifikante Umsetzungsfragen aufwerfen, die Gruppe sei sich jedoch bewusst, dass eine jegliche Maßnahme im Verhältnis zu den resultierenden Kosten stehen müsse, die sowohl der öffentlichen Hand als auch dem Industriezweig entstehen. Die Gruppe habe sich auch sorgfältig und mit angemessener Beratung durch Experten, mit den praktischen Aspekten der Durchsetzung eines möglichen Nachfolgers der OTM-Regel befasst, die sich auf die Altersbestimmung von Tieren (durch Gebissprüfungen) oder Identifikation (wie z. B. Rinderpässe) stützt.

9. Die Board-Mitglieder schnitten die Frage von Auswirkungen in Bezug auf Kosten für den Verbraucher an. Sie erkannten an, dass sich die Kosten für Personen, die an der Variante von CJD leiden, nicht quantifizieren ließen. Hinsichtlich der Testkosten, die von dem Industriezweig getragen werden könnten, untersuchte die Gruppe, was andernorts in Europa geschieht, wo bereits breit angelegte Tests stattfinden. Die Erfahrungen schienen nicht einheitlich zu sein. Es scheint jedoch, dass - gleich welche Kosten dem Industriezweig auferlegt werden - ein bestimmter Anteil dennoch an den Verbraucher weitergeleitet würde.
10. Die Mitglieder versuchten zu klären, wie beständig die Arbeit der beiden Gruppen sich gestalten werde, und nahmen auch das Interesse in der weiteren internationalen Gemeinschaft zur Kenntnis. Der Vorsitzende notierte, dass die Darstellungstudien sich auf die neuesten Daten stützen würden, die über BSE und vCJD zur Verfügung stehen. Es sei beabsichtigt, die Resultate letztendlich in der Fachliteratur zu veröffentlichen. Es wurden die potenziellen Gefahren der Verwendung von Daten anerkannt, die nicht von externen Fachleuten bestätigt wurden. Die Risikoeinstufungsgruppe war unter Einbeziehung nationaler und internationaler Experten gewählt worden, die einen Teil der fachlichen Bestätigung sicherstellen sollten. Die Europäische Kommission (obwohl sie nicht in der Gruppe vertreten war) wurde ebenfalls auf dem Laufenden gehalten. Die Board-Mitglieder notierten weiterhin, dass die Bedeutung von Informationen, die sich aus der Darstellungsarbeit ableiten, in unzweideutiger Form sorgfältig

Das Neueste zu BSE in Bezug auf Schafe

11. Der Wissenschaftliche Lenkungsausschuss (SSC) der Europäischen Kommission werde in Kürze tagen, um die Forschungsergebnisse einer Untersuchung in den

ENTWURF

Niederlanden zu besprechen, in der die Auswirkungen der Verarbeitung von Darmmaterial zu Wursthaut und die potenzielle Herabsetzung von Infektiosität erforscht wurden. Es gebe keine Anhaltspunkte zu den Schlüssen, welche der SSC ziehen würde. Es könne jedoch erforderlich sein, schnell zu reagieren.

12. Das Board nahm die Sitzung des SSC zur Kenntnis und bekräftigte die bereits geäußerte Ansicht, dass die Agency nicht unilateral handeln solle, falls die Schlüsse des SSC im Widerspruch zu den Schlüssen der Agency stehen. Die Agency würde dennoch eine klare Darlegung der Grundlagen für eine jegliche vom SSC bezogene Stellung benötigen. Die Einrichtung der EFSA (Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit) biete das Potenzial zur Zusammenarbeit mit Partnern in ganz Europa. Das würde dazu beitragen, wissenschaftliche Verwirrung zu vermeiden, wenn Forschungsberichte scheinbar miteinander im Widerspruch stehen, sowie Entscheidungsgrundlagen zu klären (wie zum Beispiel, wenn ein Risikoeinstufungsmodell einem anderen vorgezogen würde).
13. Es war eine Sitzung mit der Babynahrungsindustrie gehalten worden, um die Ursprungslandangabe von Lamm in ihren Erzeugnissen zu besprechen. Der Industriezweig sei wohl dazu bereit, es gäbe jedoch Besorgnisse insofern, wie sinnvoll das für den Verbraucher wäre, wenn nicht gleichzeitig Informationen über TSE-Prävalenz vermittelt werden. Die Kommission müsse noch die länderspezifische TSE-Risikoeinstufung durchführen. Der Industrieverband habe sich dazu bereit erklärt, vor der weiteren Besprechung mit der Agency
14. Die Stakeholder-Gruppe habe auch empfohlen, dass die Agency in der Kommunikation mit wichtigen Verbrauchergruppen proaktiv vorgehe, insofern als Schaffleisch und Fleisch von älteren Ziegen bei Vorhandensein von BSE höhere Infektiosität aufweisen könne. Die moslemischen und afrokaribischen Gemeinschaften wurden als signifikante Verbraucher von Schaf- und Ziegenfleisch identifiziert. Es habe mehrere Sitzungen mit moslemischen Stakeholdern gegeben, um den besten Ansatz für die Zukunft zu finden, und demzufolge sollten eine Reihe von landesweiten Briefings für Meinungsbildner der moslemischen und afrokaribischen Gemeinschaften stattfinden. Die Sitzungen seien gut aufgenommen worden, und die in den jeweiligen Gemeinschaften führenden Persönlichkeiten seien bereit, Informationen zu verbreiten. Darüber hinaus seien sie am besten in der Lage, die wirksamste Kommunikationsmethode zu beurteilen und das kulturbedingte Feingefühl richtig einzuschätzen. Die Board-Mitglieder regten an, dass es nützlich wäre,

18. Die Mitglieder nahmen die potenziellen Auswirkungen zur Kenntnis, die sich aus positiven Ergebnissen derartiger Versuche ableiten würden. Der SEAC würde zur Unterbreitung einer Risikoeinstufung aufgefordert werden, bevor die Agency Risikomanagementmaßnahmen in Betracht ziehen würde. Die Agency solle sich jedoch langsam ihren "Bedarf an Beweismitteln" überlegen und wie sie auf unterschiedliche Ausgangsversionen reagieren würde. Dem Board wurde mitgeteilt, dass Agency-Personal bereits über mögliche Ausgangsversionen nachgedacht habe und Experten konsultieren wolle.

19. Die Mitglieder nahmen zur Kenntnis, dass alle sponsernden Abteilungen des SEAC übereingekommen seien, dass das Dezernat COMS der Agency in Bezug auf die Handhabung von Kommunikationsfragen mit dem Ausschuss

des Institute of Animal Health (IAH)

22. Das Board habe versucht, Zusicherungen zu erhalten, dass die von der Agency beim IAH in Auftrag gegebene Arbeit in Anbetracht des Zusammenbruchs des Experiments 'Sheep Brain Pool' für DEFRA einer ordnungsgemäßen Qualitätskontrolle unterzogen werde.. Die Ergebnisse einer vom Biotechnology & Biological Sciences & Research Council (BBSRC) in Auftrag gegebenen Prüfung

ENTWURF

wurden im August auf der BBSRC-Website veröffentlicht. Die Agency war insbesondere an drei Projekten am IAH interessiert; zwei davon fielen unter diese Prüfung und seien beide auf akzeptable Weise durchgeführt worden. Das dritte Projekt befinde sich zur Zeit in der Revisionsphase.

Auf illegalem Wege importiertes chinesisches Schweinefleisch

[Bei der Besprechung dieses Punkts legte Michael Gibson sein persönliches Interesse als Erzeuger und Händler von Fleischwaren offen. Michael Gibson nahm an der Diskussion und Bearbeitung dieses Themas teil.]

23. Im Laufe des Sommers habe FSA Schottland über Kommunalbehörden (LAs: Local Authorities) von illegal importierten Schweinefleischkonserven und anderen im Einzelhandel erhältlichen Erzeugnissen gehört. Die Agency habe in Zusammenarbeit mit den LAs prompt gehandelt, und die illegal importierten Produkte seien aus dem Verkehr gezogen worden. Im Nachgang zu weiteren Untersuchungen seien noch andere illegale Importe von Fischkonserven und Nudelprodukten entdeckt und aus dem Verkehr gezogen worden. Diese Vorfälle haben Probleme hinsichtlich des Mangels an Rückverfolgbarkeit sowie fortgesetzte Fragen hinsichtlich der Lesbarkeit einer Etikettierung besonders deutlich gemacht.

24. Es wurde festgestellt, dass zur Zeit keine gesetzliche Pflicht zur Aufzeichnung von Lieferquellen bestehe bzw. wohin die Ware geschickt worden ist. Diese Vorfälle machten lediglich klar, welche Schwierigkeiten sich aus dem Mangel an Rückverfolgbarkeit ergeben. Das Board notierte, dass die Agency mit den Vollziehungsbeamten eng zusammenarbeiten müsse, insbesondere mit dem Food and Veterinary Office (FVO) der Kommission, um sicherzustellen, dass an den EU-Eintrittshäfen wirksame Maßnahmen zur Verhinderung illegaler Importe getroffen werden.

Haggis Media-Story

25. Die Mitglieder wurden an eine Story erinnert, die im Sommer hinsichtlich Haggis in den Medien zirkulierte. Die Agency habe nie beabsichtigt, ein Haggis-Verbot einzuführen, und die Story hatte sich ursprünglich aus einer Fehlinterpretation des Standpunkts der Agency hinsichtlich der Verwendung von Schafsdarm nach einer Besprechung auf der Junisitzung des Boards ergeben. Die Agency sei der Scottish Meat Trade Association (schottischer Verband für den Fleischhandel) für ihren Beitrag zur Behebung des fälschlichen Eindrucks dankbar, der durch die Stories entstanden war. Der Fall veranschauliche jedoch, dass - selbst wenn die

ENTWURF

Agency unverzüglich Informationen zur Korrektur derartiger Stories verbreitet - keine Garantie dafür bestehe, dass die Berichtigung mit dem gleichen Nachdruck wie die ursprüngliche Mitteilung übermittelt wird.

Quorn

26. Das Board wurde über zwei Fragen hinsichtlich Quorn informiert. Die erste bezog sich auf die Etikettierung. Quorn sei zuvor als 'mushroom origin' (Pilzursprung) identifiziert worden; der Vorsitzende der FSA und später die Advertising Standards Authority kamen jedoch zu dem Schluss, dass das ungenau sei und dass die Kennzeichnung auf 'fungal origin' (in Deutschen ebenfalls 'Pilzursprung') lauten solle. Die relevante Kommunalbehörde hatte den Fall aufgenommen und die Etikettierung war geändert worden. Es wurde darauf hingewiesen, dass der Fall sich auf die Kennzeichnung des Produkts und nicht etwa dessen Sicherheit beziehe.

27. Die zweite Frage betraf die aus USA gemeldete Quorn-Unverträglichkeit im Rahmen einer Kampagne zum Verbot des Produkts. Die Agency habe auch Fallstudien erhalten, die nahelegen, dass sich bei manchen Leuten eine milde allergische Reaktion ergeben könnte. Eine mögliche Unverträglichkeit von Quorn war sorgfältig berücksichtigt worden, als das Produkt zum Verkauf freigegeben wurde, und es war bekannt, dass sich bei ca. 1 von 146.000 Personen eine Reaktion ergeben könnte. Um das in den richtigen Zusammenhang zu setzen: Eine ähnliche Reaktion auf Soja könnte sich bei ca. 1 Person in 300 ergeben. Die der Agency bisher vorgelegten Beweismittel geben keinen Anlass zur Revision der Produktgenehmigung für Quorn.

Gallivac Hühnerimpfstoff

28. Am 9. August habe die European Medicines Evaluation Agency einen genetisch veränderten rekombinanten Impfstoff zur Verwendung bei Hühnern genehmigt. Der Beratungsausschuss für Novel Foods and Processes (ACNFP) habe zuvor mitgeteilt, es gebe keine Bedenken hinsichtlich der Nahrungssicherheit in Bezug auf den Konsum von Eiern oder Fleisch, die von mit diesem Impfstoff behandelten Vögeln stammen. Der Impfstoff könne in allen Mitgliedsstaaten rechtmäßig vermarktet werden.

Preiselbeersaft

29. Im Verlauf einer regelmäßigen Prüfung durch die Inspektoren von Customs and Excise (Behörde für Zoll und Verbrauchssteuer) sei ein ungewöhnlich hoher Strahlungswert in einer Probe importierten Preiselbeersafts entdeckt worden,

ENTWURF

allerdings nicht in Werten, die ein Gesundheitsrisiko darstellen würden. Der Saft war von Deutschland aus, wo er hergestellt worden war, auf dem Wege zur Republik Irland. Der Industriezweig habe verantwortungsbewusst gehandelt und das betroffene Produkt aus der Nahrungskette beseitigt. Weitere Nachforschungen ergaben, dass die Beeren möglicherweise aus einem Gebiet stammten, das noch von den Nachwirkungen der Tschernobyl-Katastrophe betroffen war. Obwohl hier kein Sicherheitsrisiko vorlege, sei das Produkt doch für den Verbraucher eindeutig nicht akzeptabel. Die Agency führe daher eine vorsorgliche Erhebung in Bezug auf Preiselbeersaft in Großbritannien/Nordirland aus. Verbraucher seien in keiner Weise beraten worden, das Produkt zu meiden.

Punkt 4 Maßnahmenplan der Agency gegen das Abzweigen von Tiernebenprodukten (ungenießbarem Fleisch) in die menschliche Nahrungskette: Fortschrittsbericht

(Referat FSA 02/09/02)

[Vor der Besprechung dieses Punkts legte Michael Gibson sein persönliches Interesse als Erzeuger und Händler von Fleischwaren offen. Michael Gibson nahm an der Diskussion und Bearbeitung dieses Themas teil.]

30. In der Einführung zu diesem Vortrag bemerkte der Chief Executive, dass das Board anlässlich seiner Sitzung im September 2001 den 7-Punkte-Maßnahmenplan verabschiedet und um einen Fortschrittsbericht gebeten habe, der nach 12 Monaten vorgelegt werden solle. Dieser Vortrag leiste dieser Bitte Folge.

31. Der Chief Executive bemerkte, dass der British Poultry Council (Britischer Geflügelrat) seit Verfassung des Berichts bestätigt habe, die Arbeit am Verhaltenscode für den Industriezweig (Punkt 4 des Maßnahmenplans) werde zum Jahresende abgeschlossen sein. Im Hinblick auf Maßnahme 5 (verbesserte Durchsetzung der Verordnung über tierische Nebenerzeugnisse (ABPO)) seien nur langsam Fortschritte gemacht worden. Inzwischen kämen die Dinge jedoch

32. Die Board-Mitglieder notierten, dass der State Veterinary Service (SVS, britischer Veterinärdienst) seit Ausbruch der MKS im Frühjahr 2001 extremer Belastung ausgesetzt gewesen sei und schlugen vor, dass Kontingenzpläne eingesetzt werden sollten, so dass die ABPO-Arbeiten im Falle eines weiteren schwerwiegenden Krankheitsausbruchs von anderen übernommen werden können. Es

ENTWURF

wurde anerkannt, dass eine Kontingenzplanung schwierig sei, da sich die künftige Priorität der Arbeit nicht vorhersagen ließe. Es wurde jedoch als nützlich betrachtet, diesen Faktor in die Kontingenzpläne einzubinden und die Agency wolle über diese Sache weiter nachdenken.

33. Die Board-Mitglieder notierten, dass die Arbeit der Waste Food Task Force (Task Force für Lebensmittelabfälle) (Maßnahme 7) komplex sei und dass sich demzufolge einige kontroverse Empfehlungen ergeben könnten. Es könne daher unter Umständen erforderlich sein, eine Schnellkonsultation über die Auswirkungen derartiger Empfehlungen abzuhalten, um dem Board eine klarere, ausgiebigere Darstellung der Thematik unterbreiten zu können. Es wurde vereinbart, den Vorsitzenden der Task Force zur Information des Boards aufzufordern.

Maßnahme: Sekretariat/David Statham (EFSG)

34. Die Board-Mitglieder baten um Klärung der Verwendung von Farbstoffen zur Färbung. Die Mitglieder erhielten die Antwort, dass keine Hinweise dafür vorlägen, dass Bleichen oder eine andere physikalische Methode in der Lage wäre, Färbemittel aus Fleisch zu entfernen. Behauptungen in Bezug auf Eingriffe schienen unbegründet. Darüber hinaus wurde das Board informiert, dass zur Zeit eine Konsultation stattfände betreffs Vorschlägen zur Abschaffung der Sterilisierung als Alternative zur Färbung in ganz Großbritannien/Nordirland. Eine Ausnahme würde darin bestehen, wenn Sterilisierung in den lizenzierten Räumlichkeiten stattfände, wo sich die Produkte befänden.

35. Der Vorsitzende des Beratungsausschusses für Nordirland meldete eine Reihe von Bedenken an, die von Ausschussmitgliedern in ihren Besprechungen über dieses Thema erhoben worden seien.

- Der Beratungsausschuss schlug vor, den Verbraucherausschuss um Darlegung seiner Standpunkte hinsichtlich der Verbraucherinformationen zu bitten.
- Nordirland habe eine Landesgrenze mit einem anderen EU Mitgliedsstaat, woraus sich Fragen des grenzüberschreitenden Handels ergäben. Insbesondere in der Republik Irland erfolge keine Färbung ungenießbaren Fleisches, und der Beratungsausschuss schlug vor, sich an die Food Safety Authority in der Republik Irland zu wenden, um die Möglichkeiten einer gemeinsamen Verfahrensweise zu erforschen.

ENTWURF

- Der Beratungsausschuss fragte, ob der Ernst dieser Thematik in den Urteilen reflektiert sei, die von Richtern nach erfolgreichen Strafverfolgungen gefällt werden.
- Nahrungsmittel, deren Haltbarkeitsdatum überschritten sei, könnte auf unsachgemäße Weise entsorgt werden, so dass Plünderungen möglich wären. Der Beratungsausschuss regte an, auf diese Frage näher einzugehen, insbesondere in Verbindung mit Problemen, die sich Personen mit niedrigem Einkommensniveau stellen.

36. Während der Besprechung der angeschnittenen Fragen stimmten die Board-Mitglieder zu, dass die Kommunikation wichtiger Mitteilungen an Verbraucher, die Gastronomie und andere Gruppen von größter Bedeutung sei. Es sei nützlich, die Ansichten des Verbraucherausschusses über die besten Kommunikationsmethoden zu erfahren, insbesondere in Bezug auf Menschen, die über ein geringes Einkommen verfügen, deren Hauptsorge wahrscheinlich darin bestehe, Zugang zu billigen Lebensmitteln zu erhalten. Die Board-Mitglieder waren sich dessen bewusst, wie viel Arbeit diesem Ausschuss überantwortet werde und baten um Mitteilung, in welcher Vorrangordnung diese Arbeitslast gehandhabt werde. Darüber hinaus schlugen die Mitglieder vor, dass die frühe Involvierung ethnischer Minderheitsgruppen sich dabei nützlich erweisen würde hervorzuheben, wie wichtig es sei, sich über den Ursprung von Fleisch im Klaren zu sein.

Maßnahme: Barbara Richards (CSCI)

37. Die Agency könne sich an die Food Safety Authority der Republik Irland wenden, um einen konsequenten Ansatz zur Kennzeichnung ungenießbaren Fleisches zu untersuchen. Es gebe jedoch keine EU-weite Vorschrift hinsichtlich einer Färbung, und andere Mitgliedsstaaten könnten evtl. zögern, diesen Ansatz zu verfolgen, um ein Problem zu lösen, das sie unter Umständen als spezifisch britisch errachten.

38. Es wurde notiert, dass es starke Hinweise dafür gebe, dass Vollzugsbehörden, einschl. der Polizei, diese Angelegenheit als sehr schwer wiegend erachten. Jüngste Strafverfolgungen in Bezug auf schwer wiegende Klagen hatten scharfe Strafen bewirkt. Viele Fälle werden jedoch in erstinstanzlichen Magistrates Courts verhandelt. Die Mitglieder stimmten zu, dass es nützlich wäre, wenn die Agency in Zusammenarbeit mit anderen relevanten Abteilungen die Möglichkeit untersuchen würde, gutes Informationsmaterial über Nahrungsmittelthemen für neue Richter in Magistrates Courts zu erstellen. In diesem Zusammenhang war

ENTWURF

die Agency sich bewusst, dass LAs über unzureichende Ressourcen verfügten, um komplexe oder langwierige Untersuchungen durchzuführen, und daher die Agency um Hilfe gebeten hatten. Die Agency verfüge nicht über die nötigen Ressourcen, um als alternative Quelle für eine LA-Finanzierung zu dienen, plane jedoch, gemeinsam mit den LAs einen 'Kampagnefonds' einzurichten. Dieser Fonds könne dazu verwendet werden, bei komplexen oder kostspieligen Fällen zu helfen. Der Fonds würde für Fälle verwendet, die nicht nur von lokalem, sondern für ganz Großbritannien/Nordirland von öffentlichem Interesse wären.

39. Die Agency habe noch nicht alle Fragen ganz erforscht, die sich auf das Problem der Plünderung bezogen. In vollem Bewusstsein der Verpflichtungen der Agency für Nahrungssicherheit meinten die Board-Mitglieder, dass es nicht erforderlich sei, jeglichen Zugang zu Lebensmitteln zu verbieten, wenn diese ihr Haltbarkeitsdatum gerade erst überschritten haben. Sie könnten eine billige (und daher attraktive) Nahrungsquelle für Menschen mit niedrigem Einkommen darstellen. Die Board-Mitglieder betonten, dass dieser Ansatz keiner Befürwortung des Nahrungs-Recyclings oder der Verwendung von Nahrung nach einem Haltbarkeitsdatum gleichkäme, welche die Sicherheit beeinträchtigte.
40. Schließlich notierten die Mitglieder, dass die Rückverfolgbarkeit unter Absatz 9 des Referats behandelt sei. Da eines der Schlüsselemente von HACCP die Rückverfolgbarkeit sei, solle die Agency versuchen, Unternehmen bei der Umsetzung ihrer HACCP Strategie zu helfen, indem sie Informationen bereitstellt, Ratschläge erteilt und Vollzugsaktivitäten durchführt. Es wurde anerkannt, dass es sich bei den relativ zugänglichen Organisationen oft um Großunternehmen handelt, die einen kommerziellen Vorteil in der Verfolgung von HACCP sahen. Es sei schwieriger, die kleineren Unternehmen zu erreichen bzw. Unternehmen, die keinem Handelsverband angehörten.
41. Zusammenfassend bestätigte der Vorsitzende, dass das Board die Fortschritte im Rahmen des Maßnahmenplans und die anderen im Referat angeschnittenen Themen zur Kenntnis genommen habe. Das Board nahm wie folgt Stellung:
- das Board werde sich nach öffentlicher Konsultation mit dem Bericht der Waste Food Task Force befassen. Die Task Force werde aufgefordert, das Board über seine Schlussfolgerungen zu informieren,
 - der Verbraucherausschuss werde in Bezug auf die Kommunikation der Thematik hinsichtlich ungenießbaren Fleisches/Lebensmittelabfällen zur Darlegung seiner

ENTWURF

Ansichten aufgefordert, wobei notiert wurde, dass Verbraucher mit geringem Einkommen nicht den Zugang zu billigen Nahrungsquellen verlieren dürfen,

- es sei zu überlegen, ob der geplante 'Kampagnefonds' sowohl die Untersuchung als auch die Strafverfolgung abdecken werde,
- es sei die Bereitstellung von Informationsmaterial über Lebensmittelsicherheit für neue Richter in Magistrates Courts zu erforschen; und
- es seien weitere Informationen für die Gastronomie über eine Rückverfolgbarkeit im Rahmen einer HACCP Strategie zu vermitteln

Maßnahme: Debby Reynolds (Direktor, Tiermedizin)/David Statham (EFSG)

Punkt 5 Vorgesehene EU-Verordnung für offizielle Kontrollen für Produkte tierischen Ursprungs, die zum Verzehr durch den Menschen bestimmt sind

(Referat FSA 02/09/03)

[Vor der Besprechung dieses Punkts legte Michael Gibson sein persönliches Interesse als Erzeuger und Händler von Fleischwaren offen. Michael Gibson nahm an der Diskussion und Bearbeitung dieses Themas teil.]

42. Die in dem Referat behandelten EU-Vorschläge deckten einen Großteil der vom Meat Hygiene Service (MHS) und dem Veterinary Service des Department of Agriculture and Rural Development (DARD) in Nordirland ab. Die Kontrollen erstreckten sich auch auf Arbeit, die in konzessionierten Schlachthöfen und Zerlegungsbetrieben ausgeführt wird sowie auf Kontrollen, die auf Krusten- und Schalentiere, Fischereiprodukte, Milch und Milchprodukte angewendet werden sollen. Die Vorschläge distanzieren sich von den zur Zeit in Kraft befindlichen vorschriftsmäßigen Kontrollen und bewegten sich stattdessen in Richtung eines stärker risikoorientierten Systems, bei dem dem Erzeuger mehr Verantwortung auferlegt werde. Die Agency befürworte ganz allgemein anteilige und risikoorientierte Systeme, wobei die Board-Mitglieder allerdings an die Einwände gegen das geplante System erinnert wurden, die von der Gewerkschaft UNISON und anderen erhoben worden waren. Die Agency befürworte keine intensivierten Vollzugsaktivitäten, es sei denn, es ergäben sich daraus echte Vorteile für die öffentliche Gesundheit, und befürworte ebensowenig gelockerte Kontrollen, wenn sich daraus verstärkte Risiken für die öffentliche Gesundheit ergäben. Das neue System werde sich wahrscheinlich als kontrovers erweisen, da es stärkere Involvierung von Mitarbeitern in Fabriken vorsehe, was die Frage des historischen Mangels an Vertrauen hinsichtlich der Selbstkontrolle des Industriezweigs aufwerfen werde.

ENTWURF

43. Ebenso gebe es Themen, die sich auf Gebühren beziehen (Absätze 15 – 16 des Berichts). Die EU-Vorschläge begünstigen zur Zeit eine Deckung aller Kosten. Das könnte Kostensteigerungen für den Verbraucher mit sich bringen, wenngleich es die Bürde des Steuerzahlers erleichtern würde. Der Industriezweig sei der Ansicht, dass eine volle Kostendeckung die wirtschaftliche Tragbarkeit kleiner Betriebe bedrohen würde. Die Agency schloss ein gewisses Maß an öffentlichen Subventionen nicht aus, wolle sich jedoch nicht völlig darauf verlassen. Es sei wichtig, dass eine Gebührenordnung in allen Mitgliedsstaaten einheitlich angewendet werde. Teilweise oder totale öffentliche Finanzierung bedeute, dass diejenigen Länder, in denen Erzeugern Gebühren auferlegt werden, wie z. B. Großbritannien/Nordirland, nachteilig behandelt würden. Dem Board wurde geraten, das bestehende Gebührenregime im Vereinigten
44. Die Mitglieder wurden daran erinnert, dass die Verhandlungen über die Vorschläge zur offiziellen Kontrolle mittlerweile schnelle Fortschritte machten. Der vorliegende Bericht bringe die Mitglieder dank ausgiebiger Konsultation auf den neuesten Stand. In diesem Sinne wurde das Board aufgefordert, dem Verhandlungsansatz zuzustimmen. Es sollen Fortschrittsberichte erstellt werden.

Absatz 8 – 14. - Kontrollen

45. Zu Beginn der Diskussion begrüßten die Mitglieder den Bericht und lobten seine Klarheit. Es sei eindeutig notwendig sicherzustellen, dass Vorschläge auf der Grundlage von Beweismitteln und in einem angemessenen Verhältnis zu den betreffenden Problemen gemacht werden. Die Board-Mitglieder meinten, dass nicht alle Teile des Industriezweigs bereit seien, risikoorientierte/HACCP Systeme einzuführen, und dass die Agency sicherstellen solle, dass alle Betriebe mit den Prinzipien des von ihnen angewendeten Systems vertraut sind. Die Mitglieder wurden daran erinnert, dass das wohl möglicherweise zutreffe, die Betriebe jedoch letztendlich nicht umhinkommen würden, HACCP Systeme einzuführen. Den Board-Mitgliedern wurde mitgeteilt, dass MHS-Personal in der Prüfung des Systems unterwiesen würde. Im staatlichen tierärztlichen Dienst (State Veterinary Service) tätige Tierärzte würden nur dann unterwiesen, wenn sie an dieser Arbeit beteiligt wären.
46. Die Mitglieder begrüßten die Verlagerung des Schwerpunkts von 'überwachter Erfüllung' zu einer Verpflichtung, sichere Nahrung herzustellen. Diese Lösung werde die Motivierung und das Verantwortungsbewusstsein erhöhen. Die Board-

ENTWURF

Mitglieder fragten an, ob die Vorschläge sich zur Anwendung für alle Erzeuger eignen würden, da die Einstellung bei einigen positiver sei als bei anderen. Daraufhin wurde den Mitgliedern mitgeteilt, dass die Vorschläge der Kommission flexibel genug seien, um sowohl mit Betrieben, die sich beständig verantwortungsbewusst zeigen als auch mit Betrieben, die verantwortungslos handeln, umzugehen. Beispielsweise sei es Fabrikmitarbeitern in der letzteren Gruppe untersagt, an der Inspektion teilzunehmen.

47. Die Board-Mitglieder baten um eine Rechtfertigung der geplanten Änderungen hinsichtlich der Inspektion von Erzeugern von Wildbret. Die Mitglieder erfuhren, dass die Ansicht der Europäischen Kommission dahin gehe, dass für den Absatz im Binnenmarkt wie auch auf dem internationalen Markt die gleichen Kontrollen für die Erzeugung gelten sollen. Frühere Regierungsstellen hatten den Standpunkt vertreten, dass die Kontrolle extrem sei, und hatten für den Binnenmarkt weniger restriktive Kontrollen zugelassen. Die geplanten Änderungen am Binnenmarktsystem, die sich aus den EU-Kontrollen ableiten würden, seien darauf ausgelegt, sowohl für Binnenmarkt- als auch für Exportprodukte einen einheitlichen Ansatz zu verfolgen. Es wurde argumentiert, dass Verbraucher von Wildbret sich der Beschaffenheit des Produkts sowie der höheren Risiken seiner Verarbeitungsmethode durchaus bewusst seien und diese akzeptierten. Nichtsdestoweniger plane die Agency die Durchführung einer unabhängigen Untersuchung über Wildbret, um diese Fragen zu klären. Die Agency vertrete den Standpunkt, dass Kontrollen auf einem Niveau zu harmonisieren seien, das im angemessenen Verhältnis zum Risiko stehe. Die Mitglieder notierten, dass im Rahmen der Vorschläge die Lieferung kleinerer Mengen von Wildbret direkt an den Verbraucher abgedeckt sei.

48. Die Board-Mitglieder baten um die Vorlage von Beweismitteln zur Unterstützung des geplanten Übergangs auf wöchentliche Probenahmen zwecks Überwachung von Biotoxinen in Krusten- und Schalentieren. Den Board-Mitgliedern wurde mitgeteilt, dass im Auftrag der FSA Schottland bereits beträchtliche Arbeiten am Fisheries Research Institute (Forschungsinstitut für den Fischfang) in Aberdeen ausgeführt worden waren. Daraus habe sich ergeben, dass bei steigenden Toxinwerten monatliche Probenahmen und bei fallenden alle 14 Tage Probenahmen erfolgen sollen. Wöchentliche Probenahmen würden keine zusätzlichen Vorteile erbringen. Eine technische Aktualisierung dieser Arbeiten solle dem Board unterbreitet werden. Es wurde vereinbart, dass die Agency weiterhin auf der Basis wissenschaftlicher Beweismittel verhandeln solle.

Maßnahme: FSA Schottland

ENTWURF

Absatz 15 -16. - Gebühren

49. Das Board notierte die im Bericht angeschnittenen Punkte (unter Absatz 42 erfasst). Die Board-Mitglieder notierten, dass Gebührenregimes in verschiedenen Teilen der EU unterschiedlich gehandhabt werden. Wenn die Kostendeckung richtig gehandhabt werde, könne dies zur Erhöhung der Kosten einiger importierter Fleischprodukte führen, da die Kosten an den Verbraucher weitergeleitet werden. Die Board-Mitglieder bestätigten ihre Befürwortung des derzeitigen Gebührenregimes in Großbritannien/Nordirland gemäß der Abkommen der Minister. Die Board-Mitglieder notierten die potenziellen Auswirkungen einer vollen Kostendeckung auf kleinere Betriebe und beantragten, dass der britische Standpunkt so nachdrücklich wie möglich vertreten werde.

50. In seiner Zusammenfassung notierte der Vorsitzende, dass:

- das Board den Standpunkt der Agency in Bezug auf die Vorschläge der Kommission gemäß Darlegung in Absatz 18 und zuvor im vorliegenden Referat
- zugestimmt habe, dass die Agency die Beibehaltung des derzeitigen Gebührenregimes für Fleischinspektion befürworten solle.

Punkt 6 Der neueste Stand auf dem Gebiet der Gentechnik

(Bericht FSA 02/09/04)

[Vor der Besprechung dieses Punkts legte Robert Rees sein persönliches Interesse als Restaurateur offen. Robert Rees nahm an der Diskussion und Bearbeitung dieses Themas teil.]

51. Der Bericht informierte das Board über die Fortschritte unter spezieller Bezugnahme auf Diskussionen in Europa. Das Board erfuhr, dass Großbritannien/Nordirland auf europäischer Ebene nach wie vor das einzige Land sei, das seine Zweifel hinsichtlich der geplanten Etikettier- und Rückverfolgbarkeitsvorschriften öffentlich zur Kenntnis gegeben hat. Es hätten jedoch nicht alle Mitgliedsstaaten endgültig zum Thema Stellung bezogen. Es sei nach wie vor ein besonderes Anliegen der Agency zu verhindern, dass in der Öffentlichkeit unrealistische Vorstellungen entstehen, was hinsichtlich zuverlässiger Etikettierinformationen tatsächlich durchführbar sei. Seit über diese Angelegenheit zuletzt berichtet wurde, haben Diskussionen im britischen Unterhaus und Oberhaus zu einer weit gehenden Befürwortung des Standpunkts

ENTWURF

der Agency geführt. Der Bericht enthielt außerdem eine Darlegung der Aktivitäten der Agency zur Unterstützung ihres unabhängigen Beitrags zur Gentechnik-Debatte der Regierung. Dazu gehörte u.a. die Einholung der Ansichten einer Vielfalt verschiedener Gruppen, wie z. B. durch eine Art 'Staatsbürger-Jury' auf der Website.

52. Das Board erkannte an, dass die Rückverfolgbarkeit eine entscheidende Rolle dabei spiele, die Etikettieranschläge praktisch durchführbar zu machen und fragte, ob der Industriezweig zuversichtlich sei, dass die Rückverfolgbarkeit insbesondere im Hinblick auf Massengüter praktikabel wäre. Der Executive teilte diese Ansicht und bemerkte, er sei sehr daran interessiert, die Sache mit Personen zu besprechen, die von der Durchführbarkeit überzeugt sind. Die Mitglieder nahmen zur Kenntnis, dass die Lebensmittelindustrie in Diskussionen nur ein Versprechen hinsichtlich der Rückverfolgbarkeit in Bezug auf ihre eigenen Marken, nicht aber hinsichtlich der Allgemeingültigkeit für Massengüter gegeben hatten.
53. Die Board-Mitglieder fragten, ob die unlängst von der Regierung lancierte Debatte über Gentechnik-Fragen gefördert worden sei und bezweifelten, dass der Unterschied zwischen Nahrungssicherheit und Umweltproblemen klar genug herausgestellt worden sei. Die Mitglieder wurden darauf verwiesen, dass die Debatte sich noch im Anfangsstadium befinde. Es sei jedoch klar, dass es in der Öffentlichkeit wenige Leute für erforderlich hielten, zwischen Nahrungssicherheit und Umweltaspekten zu unterscheiden.
54. Board-Mitglieder forderten, dass die Agency die möglichen künftigen Entwicklungen auf dem Gebiet der Gentechnik scharf im Auge behalte, wie z. B. die Erweiterung der Gen-Lizenzen auf Tiere und Fische. Lizenzierungsverfahren seien bereits im Rahmen der Richtlinie Absichtliche Freisetzung und den Richtlinien zu neuartigen Nahrungsmitteln im Einsatz. Einschränkungen in Bezug auf die Etikettierung erstrecken sich auf Erzeugnisse, die sich von derartigen Tieren ableiten.
55. Die Board-Mitglieder nahmen zur Kenntnis, dass der Beitrag der Agency zur Regierungsdebatte über die Gentechnik unparteiisch gehandhabt worden sei. Es sei nicht Aufgabe der Agency, die Interessen der Industrie zu fördern; ihre Priorität bestehe vielmehr darin, für Wahlmöglichkeiten für den Verbraucher sowie für die öffentliche Sicherheit zu sorgen. Pläne zur Förderung der verschiedenen Elemente des Beitrags der Agency seien in diesem Zusammenhang zu sehen.

ENTWURF

Den Board-Mitgliedern wurde mitgeteilt, dass Pläne für die Förderung der 'Staatsbürger-Jury' und anderer Aspekte noch im Entwicklungsstadium stünden, dass jedoch die Herausforderung, alle diese Faktoren in den richtigen Rahmen zu setzen, zur Kenntnis genommen worden sei.

56. Zusammenfassend notierte der Vorsitzende, dass beabsichtigt sei, die Auswirkungen von Entwicklungen auf europäischer Ebene in dem Maße zu erörtern, wie sie anfallen. Das Board wolle sich in seiner Novembersitzung wieder mit der Gen-Etikettierung befassen und gentechnische Fragen allgemein in ca. sechs Monaten besprechen, wenn die anderen Komponenten der Regierungsdebatte sich weiterentwickelt haben.

Punkt 7 Berichte von Vorsitzenden von Beratungsausschüssen

(Berichte FSA 02/09/05, FSA 02/09/06 & FSA 02/09/07)

Wales

57. Der Vorsitzende des Beratungsausschusses für Wales informierte die Mitglieder über eine offene Sitzung des Ausschusses, die anlässlich der Royal Welsh Agricultural Show stattgefunden hatte. Die Sitzung habe recht viel Interesse ausgelöst und ein ausgezeichnetes 'Schaufenster' für die Agency und ihre Arbeit abgegeben.

58. Die Konsultation über die Ernährungsstrategie für Wales sei nun abgeschlossen. Es sei damit zu rechnen, dass die Strategie Anfang des neuen Jahres zur Veröffentlichung komme. Darüber hinaus werde der Beratungsausschuss auch wieder an der Kampagne "Keep Well for Winter" (Gesund in den Winter) teilnehmen.

Schottland

59. Der Vorsitzende des Scottish Food Advisory Committee (Schottischer Beratungsausschuss für Lebensmittel) berichtete, dass ein dritter ungewöhnlich heftiger Regenguss im August in Glasgow einen mikrobiologischen Alarm ausgelöst habe, so dass Verbrauchern geraten wurde, das Trinkwasser zu kochen. Mit diesem Vorfall seien auch Nahrungssicherheitsprobleme verbunden gewesen, die von der FSA Schottland gut gehandhabt worden seien. Der Vorfall mache deutlich, wie wichtig die Pflege guter Beziehungen mit anderen Körperschaften/Gremien ist.

Nordirland

ENTWURF

60. Der Vorsitzende des Beratungsausschusses für Nordirland berichtete, dass sich der Ausschuss anlässlich seiner letzten geschlossenen Sitzung mit der Rohmilchfrage befasst habe. Der Ausschuss kam zu dem Schluss, dass ein Verbot keinen nützlichen Zweck erfüllen würde, da Rohmilch zur Zeit nicht im Einzelhandel in Nordirland verkauft werde.

61. Die Sitzung habe sich auch mit einem Referat über ungenießbares Fleisch und die Waste Food Task Force befasst. Das sei besonders nützlich gewesen, da es den Ausschuss in die Lage versetzt habe, seine Sorgen und Fragen in der obigen Diskussion zur Sprache zu bringen. Die Stellungnahme des Boards zu diesen Angelegenheiten werde dem Ausschuss übermittelt.

Punkt 8 Informationsberichte

62. Der Vorsitzende erinnerte die Mitglieder daran, dass sie spezifische Fragen gern an den/die AutorInnen von Informationsberichten richten könnten.

63. Das Board lobte das MHS hinsichtlich der im Dokument 02/09/01 hervorgehobenen Arbeit.

VERSCHIEDENES

Etikettierung

64. Das Board gratulierte der Food Labelling Standards Division zur einfachen und klaren Abfassung der in letzter Zeit übermittelten Informationen und Ratschläge zur Etikettierung im Hinblick auf Begriffe wie z. B. 'traditionell' und 'hausgemacht'.

National Consumer Council (NCC)

65. Die Board-Mitglieder wurden auf einen NCC-Bericht aufmerksam gemacht, der unlängst über die Einstellung von Verbrauchern zu Fragen der Nahrungssicherheitspolitik veröffentlicht wurden. Es wurde vereinbart, den Bericht unter den Mitgliedern zu verteilen.

Maßnahme: Sekretariat

Termin der nächsten Sitzung

66. Die nächste Sitzung soll am 14. November im Management Centre Europe, Rue de l'Aqueduc, Brüssel, Belgien, stattfinden.

	Fleisch/Lebensmittelabfälle vorgebrachten Argumente einbeziehen (Abs. 41)		<p><u>Material für Richter in Magistrates Courts:</u> Beamte haben an den Magistrates Clerks Association (Verband der Magistrates Clerks) geschrieben. Mit Antwort ist nach der Dezembersitzung des Penalties Sub Committee (Unterausschuss für Strafen) zu rechnen</p> <p><u>Kampagnefonds:</u> Die Argumente sind der Untergruppe der Enforcement Liaison Group (Vollzugsliaisongruppe) unterbreitet worden, die an Vorschlägen für den Kampagnefonds arbeitet.</p>
12Sep02/O/144	Dokument über in Schottland durchgeführte Arbeit bzgl. der Überwachung von Biotoxinwerten in Krusten- und Schalentieren (Abs. 48)	Nov 02	Notiz empfangen und wird in Bericht/Referat für Dezember über Krusten- und Schalentiere/Diarrhoe durch Schalentiervergiftung (DSP) einbezogen.
12Sep02/O/145	Einzelheiten über die für die 'Staatsbürger-Jury' hinsichtlich gentechnischer Fragen geplanten Maßnahmen in Umlauf bringen (Abs. 55)		Vorschläge befinden sich noch in Arbeit, und bisher wurde noch kein Material ausgegeben. Es ist damit zu rechnen, dass im November Material verteilt wird

ENTWURF

Aus früheren Sitzungen stammende Maßnahmen

BSE und andere Fragen in Bezug auf Fleisch

12Dec01/O/86	Info-Notiz zum Ausgang der gemeinsamen Revision von DEFRA- und Agency-finanzierter Arbeit am Institute for Animal Health (IAH) (Abs. 7)	August 02	Der neueste Stand der Prüfungen wurde mündlich auf der Septembersitzung mitgeteilt. Der erste Entwurf des Prüfungsberichts über das endgültige FSA-Projekt ist vor Ende 2002 fällig.
22Oct01/O/75	DEFRA's Prüfung des Brain Pool Experiments auf weithin gültige Lehren für das Forschungsprogramm der Agency untersuchen (Abs. 31)	Dez 02	Hier soll in Form einer allgemein gehaltenen Info-Notiz über Forschungsfragen berichtet werden (einschl. erster Stellungnahmen des Beratungsausschusses für Forschung sowie Ergebnissen aus DEFRA's Prüfung).
13June/O/128	Arbeit an Empfehlungen im Stakeholdergruppenbericht über Spongiforme Rinderenzephalopathie (BSE) in Bezug auf Schafe angesichts der Kommentare vom Board weiterführen. (Absatz 40)	Fortlaufende mündliche Berichte, unterstützt durch förmlichere Fortschrittsprüfungen	Weiterer mündlicher Bericht auf der Dezembersitzung. Ein förmlicherer Fortschrittsbericht zu allen Empfehlungen ist für Feb 03 geplant.
14Mar02/O/114	Notiz über die Arbeit der Veterinary Laboratories Agency (VLA – Agency für Veterinärlabors) in Bezug auf die Entwicklung von BSE-Tests	Nov 02	Entwurfsmaterial wird zur Zeit revidiert, zwecks Verteilung Ende November.

ENTWURF

Fragen auf den Gebieten Nahrungshygiene/Mikrobiologie

12Dec01/O/91	Berichterstattung an das Board über die Forschungsarbeit der Agency hinsichtlich <i>M. bovis</i> in Geweben von Tieren mit lokalisierter Erkrankung (Abs. 35)	Vom Abschluss des Projekts abhängig – höchstwahrscheinlich März 03	Die Arbeit begann am 1. April 02. Geschätztes Fertigstellungsdatum für das Projekt ist März 2003.
--------------	---	--	---

Pestizide/tierärztliche Arzneien

13June/O/130	Maßnahmenpläne entwickeln für folgende Punkte: <ul style="list-style-type: none"> • Umsetzung des Berichts des Committee on the Toxicity of Chemicals in Food, Consumer Products & the Environment (Ausschuss für die Toxizität von Chemikalien in Nahrungsmitteln, Verbraucherprodukten & der Umwelt - COT) über die Risikoeinstufung von Pestizid-Mischungen • Verminderung der Rückstände von Kokzidiostatika • Die Erzielung restbestandsfreier Lebensmittel anstreben 	ab Sept 02	Bericht über Mischungen von Pestiziden wurde veröffentlicht. Maßnahmenplan befindet sich in fortgeschrittenem Entwurfsstadium, vorbehaltlich abschließender Genehmigungen. Die anderen Maßnahmenpläne werden zur Zeit ausgearbeitet, wobei mit dem Plan für Kokzidiostatika im Dezember 02 und mit dem Plan hinsichtlich der Rückstände Ende März 2003 zu rechnen ist.
--------------	---	------------	--

Ernährung

12Dec01/O/88	Informationsbericht im Nachgang zur Diskussion des Boards über Ernährung einschl. Zielvorgaben und Fortschrittsindikatoren sowie Methoden zur Identifizierung und Unterstützung anderer Körperschaften/Gremien bei der Kommunikation von Ernährungsinformationen (Absatz 27)	Dez 02	Bericht für Board-Sitzung im Dezember geplant.
--------------	--	--------	--

Vollzug

11Jul02/O/136	Die im Referat vorgeschlagene Arbeit hinsichtlich Rekrutierung und 'Einbindung' von Vollzugsbeamten (Abs. 51) weiterführen.	Aktualisierung Feb 03	Über den neuesten Stand soll auf der Board-Sitzung Feb 03 mündlich berichtet werden.
---------------	---	-----------------------	--

ENTWURF

11Jul02/O/137	Der Bericht über Ansichten von Vertretern der Kommunalbehörde (LA) hinsichtlich der Rekrutierung und 'Einbindung' von Vollzugsbeamten (Abs. 51) verteilen.	Termin ist von der/den Local Government Association (LGA – örtliche Regierungsbehörden)/Local Authorities Coordinators of Regulatory Services (LACORS – Koordinatoren der Kommunalbehörden für Vollzugsdienstleistungen) festzusetzen	Bericht in Vorbereitung bei LACORS; wird verteilt sobald zur Hand (beeinflusst die Arbeit bzgl. Punkt 11Jul02/O/136 oben)
---------------	--	---	---

Andere Punkte

14Feb02/O/101	Zurückkommen auf Maßnahmen, die von der Agency in Bezug auf den Bericht der Policy Commission on the Future of Food and Farming (Strategiekommision zur Zukunft von Nahrung und Landwirtschaft getroffen) wurden (Abs. 46)	Februar 03	Die Agency ist in der von DEFRA geleiteten Gruppe vertreten, welche eine Strategie zur Vorantreibung der im Bericht enthaltenen Punkte ausarbeitet. Das Thema wird im Februar 03 wieder vom Board aufgenommen.
11Jul02/O/134	Die im Rückverfolungsbericht enthaltenen Vorschläge vorantreiben (Abs. 36)	Feb 03	Mündlicher Fortschrittsbericht im Februar 03, Bericht über neuesten Stand im Juli 03
11Jul02/O/133	Verbraucherausschuss soll aufgefordert werden, mögliche Unterstützung für eine Teilnahme von Verbrauchergruppen an Stakeholdergruppen zu untersuchen (Abs. 18)	Feb 03	Steht auf Tagesordnung für Sitzung des Verbraucherausschusses im Februar 2003
11Jul02/O/135	Die im Bericht erwähnte Arbeit über Interessen von Verbrauchern mit niedrigem Einkommen weiterführen (Abs. 44)	Fortlaufend	In der Oktobersitzung des Verbraucherausschusses erörtert worden. Eine Notiz über diese Diskussion soll Ende November zirkuliert werden.

ENTWURF

Abgeschlossene Maßnahmen

Index	Maßnahme
11Jul02/O/139	Kurze Zusammenfassung der Notiz über den Verantwortungsbereich der Agency im Hinblick auf Entwicklungsländer in 'FSA News' (Abs. 61) erwägen. Ein Artikel steht jetzt auf der FSA-Website zur Verfügung.
14Mar02/O/118	Bericht über Umsetzung der im FSA-Überblick über wissenschaftliche Ausschüsse enthaltenen Empfehlungen (Abs. 41). Bericht für Board-Sitzung November 02 als Informationsschrift vorgesehen.
19Sept01/O/60	Zeitraumen für Revision des Standpunkts des Boards hinsichtlich der Gen-Etikettierung unter Berücksichtigung von Fortschritten in Ermittlungsmethoden (Abs. 36) verteilen. Siehe nachstehenden Punkt 19Sept01/O/65.
19Sept01/O/64	Vorlage eine Analyseverfahrens zwecks Ermittlung von GV-Material als Bedingung zur endgültigen Genehmigung (Abs. 36). Siehe nachstehenden Punkt 19Sept01/O/65.
19Sept01/O/65	Nach Entwicklung von EU-Vorschlägen will das Board noch einmal eine tiefer greifende Diskussion über die Gen-Etikettierung führen (Abs. 36). Gentechnische Fragen wurden in der Septembersitzung des Boards erörtert, und ein weiterer Bericht wird zwecks Diskussion auf der Novembersitzung verteilt. Punkt hinsichtlich Analyseverfahrens notiert und in FSA-Standpunkt einbezogen.
12Sep02/O/146	Bericht des National Consumer Council (NCC) über Verbrauchermeinungen zur Lebensmittelsicherheitspolitik am 27. September verteilt (Abs. 65).